

GENSHAGENER FORUM
FÜR DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN DIALOG

Zukunftsfähig?

*Die europäische Integration auf dem Prüfstand der
Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise*

02.– 04. Dezember 2010

im Schloss Genshagen

Tagungsbericht

▶ **Herausgeber**

Stiftung Genshagen
Im Schloss
D-14974 Genshagen

Telefon: + 49 (0)3378-805931
Telefax: + 49 (0)3378-870013

▶ **Grafische Gestaltung**

Nina Henke

▶ **Fotos**

Nora Erdmann

▶ **Internet**

www.stiftung-genshagen.de
institut@stiftung-genshagen.de

▶ **Förderer und Partner**



Auswärtiges Amt

EADS



Robert Bosch **Stiftung**

*Mit freundlicher Unterstützung der
Deutschen Bank*

Alle Rechte vorbehalten

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Genshagen, 2011

1. Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog

2.- 4. Dezember 2010

Warum ist auch heute ein spezifisch deutsch-französisches Format notwendig? Die deutsch-französischen Beziehungen stellen ein wichtiges Kapital beider Länder dar, für das es jedoch keine Bestandsgarantie gibt und das daher intensiv gepflegt werden muss. Vor dem Hintergrund der zunehmend komplexen globalen Herausforderungen müssen beide Länder in besonderem Maße Verantwortung für die Zukunft der EU übernehmen. Neben der bestehenden Zusammenarbeit auf politischer Ebene ist dafür ein breiter gesellschaftlicher Dialog notwendig, der nicht nur Akteure aus beiden Ländern, sondern auch Vertreter aus Drittstaaten einschließt. In den deutsch-französischen Beziehungen gibt es in dieser Hinsicht ungenutztes Potenzial.

Genau hier setzt das „Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog“ an. Vor dem Hintergrund der seit 2008 die EU-Agenda dominierenden Finanz- und Wirtschaftskrise fand die Pilotkonferenz im Dezember 2010 unter dem Titel „Zukunftsfähig? Die europäische Integration auf dem Prüfstand der Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise“ statt. Im Fokus standen die Auswirkungen der Krise auf das europäische Projekt in seiner Gesamtheit, auf den öffentlichen Rückhalt für die europäische Integration, die Bedeutung des Solidaritätsprinzips in der künftigen Europapolitik und das internationale Gewicht der EU.



I. Eröffnungsvortrag: Deutschland und Frankreich in einer sich entsolidarisierenden Union

Gilbert Ziebura, Professor em. für Politikwissenschaft

Debatte: *Ralf Christoffers*, Minister für Wirtschaft und

Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg; *Bernard de Montferrand*, Französischer Botschafter; *Robert von Rimscha*, Leiter des Planungstabs im Auswärtiges Amt

Die Europäische Union sieht sich mit einem doppelten Problem konfrontiert: Zum einen entfernt sie sich von der Gründungs-idee der europäischen Integration und durchlebt einen Prozess der Entsolidarisierung. Der moderne Nationalstaat ist – zum anderen – in seinem Handlungsspielraum beschränkt, da er zwar auf die Globalisierung mit gesellschaftlichen Reformen reagieren muss, zugleich jedoch mit den negativen Rückwirkungen der Globalisierung zu kämpfen hat („Spagatdilemma“). Diese These prägte den Einführungsvortrag von Professor Gilbert Ziebura. Parallel hierzu seien die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges von einem dreifachen Sündenfall geprägt. Paris und Berlin hätten sich für die Schaffung der Währungsunion eingesetzt, ohne

zugleich die Errichtung einer politischen Union zu betreiben; die Osterweiterung sei nicht von einem Vertiefungsprozess begleitet worden und der „Überinstitutionalisierung“ durch den Lissabon-Vertrag stehe eine „Unterpolitisierung“ der Union gegenüber. In dieser Weise unzureichend gerüstet, habe sich die EU der Finanz- und Wirtschaftskrise lange hilflos ausgesetzt gesehen. Frankreich und Deutschland hätten aufgrund unterschiedlicher Grundpositionen keinen konstruktiven Lösungsbeitrag geleistet. Europa fehle es gegenwärtig an einer Vision. Frankreich und Deutschland seien mehr denn je gefragt, einen Beitrag zur Solidarisierung der EU zu leisten und die Effizienz europäischen Handelns zu stärken. In der sich anschließenden Diskussion wurden folgende Positionen deutlich:





PRO:

In der politischen und institutionellen Entwicklung der EU gebe es unübersehbare Defizite, an denen Deutschland und Frankreich eine erhebliche Mitschuld trügen. Insbesondere die Aushöhlung des Stabilitäts- und Wachstumspakts müsse in diesem Zusammenhang genannt werden. Hinzu käme eine deutliche Schwäche der politisch Verantwortlichen in der Kommunikation mit der Bevölkerung über die europapolitischen Herausforderungen. Der Begriff des „nationalen Interesses“ sei immer noch der letzte Rückzugspunkt für die Mitgliedstaaten in der Union. Das deutsch-französische Verhältnis selbst sei auf politisch-administrativer Ebene trotz intensiver Vernetzung zuweilen – etwa bei der Diskussion um eine europäische Wirtschaftsregierung – von einem hohen Maß an Misstrauen geprägt.

CONTRA:

Die krisenhafte Situation in Europa wird nicht bestritten. Gleichwohl hätten Krisen stets den Prozess der europäischen Integration geprägt. So sei Entsolidarisierung zwar ein mögliches, jedoch nicht das einzige denkbare Szenario: Der Lissabon-Vertrag oder die beschlossenen Maßnahmen zur nachhaltigen Bekämpfung der Finanzkrise enthielten deutliche Merkmale eines solidarischen Bewusstseins in der EU. Auch sei eine strukturelle Koordination in der Währungsunion ohne politische Union möglich. Die Mitgliedstaaten im Allgemeinen sowie Frankreich und Deutschland im Besonderen verbinde ein gemeinsames Interesse, das sich in der Verteidigung des Euro manifestiere. Europa fehle es möglicherweise an Visionen. Gegenwärtig sei jedoch die Arbeit an Inhalten und gemeinsamen Strategien dringlicher. Berlin und Paris hätten weiterhin die Kapazitäten, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen.



II. Dîner-Débat: Ein neues Dreieck mit neuen Chancen

Janusz Reiter, Präsident des Zentrums für internationale Beziehungen, (CSM) in Warschau

Moderation: Andreas Schockenhoff, MdB, Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe

Es gibt einen neuen Handlungsrahmen in Europa, der zugleich Chance und Herausforderung für das Weimarer Dreieck ist: Polen hat erst heute die Möglichkeit, ein gleichberechtigter Partner in der Europäischen Union zu sein. Zugleich funktioniert das deutsch-französische Verhältnis nicht mehr so wie in der Vergangenheit und ist heute offener für die trilaterale Zusammenarbeit mit Warschau. Von dieser Annahme ausgehend sah Reiter drei wesentliche Kooperationsfelder für das künftige Dreieck: Krisensituationen mit einer stabilisierenden Wirkung der trilateralen Zusammenarbeit, Energie- und Klimapolitik einschließlich Energieaußenpolitik sowie Sicherheitspolitik. Im Allgemeinen sei das Verhältnis der neuen Mitgliedstaaten zur EU gegenwärtig durch zwei Aspekte gekennzeichnet. Der Umgang manch jüngeren EU-Mitgliedes mit der Finanz- und Wirtschaftskrise sei beispielhaft gewesen: Harte und notwen-



dige Maßnahmen seien getroffen worden und hätten gute Ergebnisse erzielt. Zugleich sei die Kohäsionspolitik der EU nach wie vor eine wichtige Komponente, um Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Sie sei ein zentraler Bestandteil des europäischen Projekts, die Diskussion um die so genannte „Transferunion“ werde dem Charakter der europäischen Integration nicht gerecht. In Polen dominiere inzwischen die föderale Sicht auf die europäische Integration, nationale Wege führten Europa in keine gute Zukunft.



III. Podiumsdiskussion: Eine deutsch-französische Bilanz – Was ist uns der Euro wert?

Impulsvorträge: *Hans Eichel*, Bundesfinanzminister a.D.; *Francis Mer*, Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie a.D.

Debatte: *Nicolas Baverez*, Ökonom und Publizist; *Barbara Böttcher*, Deutsche Bank Research

Moderation: *Eric Bonse*, EU-Korrespondent

Ein Rückblick auf zehn Jahre Währungsunion führt zu einer gemischten Bilanz. Hans Eichel wies darauf hin, dass es zwar kein Wechselkursrisiko mehr gebe, auch seien Arbeitsplatzverlagerungen nach Abwertungen in anderen Ländern ausgeschlossen, Handel und Export hätten zugenommen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen in der Eurozone seien so stark, dass man sich um den Euro keine Sorgen machen müsse. Beunruhigend seien gleichwohl die zunehmenden Divergenzen in der Eurozone. In der Krise liege jedoch auch die Chance zur Formulierung ambitionierter Ziele (Francis Mer). So sei die Notwendigkeit der Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung unübersehbar; ein Europäischer Währungsfonds müsse geschaffen, der Stabilitäts- und Wachstumspakt umgebaut werden. Das einzige mögliche Ziel sei die weitere Integration der Eurozone (Eichel). Der Blick in die Zukunft führte zu unterschiedlichen Ergebnissen: Während

einerseits auf den Katalysatoreffekt der Finanzkrise für den Niedergang Europas und dessen Teilung in einen von Deutschland angeführten starken Teil und einen ökonomisch schwachen, die meisten Mitgliedstaaten umfassenden Rest hingewiesen wurde (Nicolas Baverez), wurden andererseits die langfristigen Chancen Europas betont. Die Schaffung des Binnenmarktes sei nichts anderes gewesen als die Vorwegnahme der Globalisierung auf europäischer Ebene (Barbara Böttcher).



IV. Streitgespräch: Bereit für einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel ?

Thesen: *Christian Stoffaës*, Vorsitzender des deutsch-französischen Sachverständigenrates

Debatte: *Jean-Marie Demange*, Französische Botschaft; *Thomas Hanke*, Handelsblatt

Moderation: *Klaus-Peter Schmid*, Autor und ehemaliger Journalist der ZEIT



Während einerseits ein optimistisches Szenario zunehmender Konvergenz zwischen deutscher und französischer Wirtschaftspolitik gezeichnet wurde (Jean-Marie Demange), betonte Thomas Hanke die bestehenden Divergenzen insbesondere zwischen französischer Industrie- und deutscher Ordnungspolitik. Der Gegensatz zwischen „Klassenkampf“ und „Sozialpartnerschaft“ beherrsche den deutsch-französischen Vergleich bei den Sozialbeziehungen. Die konsensorientierte Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern habe Deutschland in der Krise geholfen, es existiere eine höhere Opferbereitschaft. Frankreich sei das letzte intellektuell marxistische Land in Europa (Francis Mer). Doch dürfe die vergleichsweise gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nicht zu der Forderung führen „Deutschland entscheidet, weil Deutschland bezahlt“. Weiterhin dominierten zwischen beiden Ländern die Unterschiede, doch seien Ansätze für einen Wandel erkennbar: So habe sich de facto seit Krisenbeginn eine auch von der Bundesregierung akzeptierte europäische Wirtschaftsregierung entwickelt, es gehe nur noch darum, ihre künftige institutionelle Form festzulegen (Christian Stoffaës).



V. Gesprächskreise - Nach der Krise: Neue Wege der europäischen Integration?

Arbeitsgruppe 1: Die Krise und der öffentliche Rückhalt für die europäische Integration

Mit einem deutlichen Anstieg des Europaskeptizismus infolge der Krise wurde in der Gruppe nicht gerechnet. Die Öffentlichkeit habe auf die Eurokrise in Deutschland und in Frankreich ganz unterschiedlich reagiert. In Frankreich hielten sich die Debatten in Grenzen und das Vertrauen in die Währungsunion sei nicht ernsthaft erschüttert worden. Die Franzosen befürworteten eine stärkere Koordinierung in der EU, solange keine neuen Institutionen entstehen. In Deutschland hingegen hätten die Euro-Krise und der Rettungsschirm für Griechenland eine zum Teil sehr heftige Debatte ausgelöst. Die Euro-Krise werde als Erschütterung des zentralen Elements der europäischen Integration empfunden. Dieser Vertrauensverlust habe zwar nicht zu einem stärkeren Rechtspopulismus geführt, innerhalb der traditionellen Parteien habe sich jedoch der europapolitische Diskurs radikalisiert. Diese Entwicklung werde von den anderen Partnern und den EU-Institutionen mit großer Sorge verfolgt. Im Allgemeinen hätten die Reaktionen der Öffentlichkeit im Zuge der Krise die akute Notwendigkeit eines zielgerichteten Diskurses über die europäische Integration und ihre Ziele gezeigt.

Arbeitsgruppe 2: Die Krise und das internationale Gewicht der EU

In der Gruppe bestand Einigkeit, dass sich die Auswirkungen der Krise auf die internationale Rolle der EU nur schwer einschätzen ließen. Einerseits könnten sich ihre Defizite durch die engeren finanziellen Spielräume der Mitgliedstaaten noch ausweiten. Andererseits könnte gerade die Finanzkrise zu neuen Synergien in der Verteidigungspolitik führen. In der Gruppe dominierte die Einschätzung, dass die EU auf der internationalen Bühne weder präsent noch sehr einflussreich sei. Selbst in internationalen Wirtschaftsfragen bestünde das Risiko, dass nur noch eine G2 aus China und den USA die Entwicklungen bestimme. Der US-amerikanische Teilnehmer betonte hingegen, dass die EU weltweit als Modell für Global Governance und erfolgreiche regionale Integration stünde: nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch gegenwärtig im Hinblick auf die Türkei, Russland oder sogar Afrika. Um das globale Gewicht der EU zu stärken, wurde die Rolle von Vorreiter-Staaten, in erster Linie Deutschland und Frankreich – unter Einbindung weiterer Partner – unterstrichen. Bei der Reform des IWF oder bezüglich der Zukunft der Mittelmeerunion müsse ein gemeinsamer Impuls für europäische Ansätze gesetzt werden. Außerdem sollten Deutschland und Frankreich wieder stärker als Avantgarde für „Best practice“ agieren, etwa durch die Zusammenführung ihrer diplomatischen Vertretungen oder durch neue Ansätze in Fragen der militärischen Kooperation.



VI. Vortrag und Debatte: Die Krise und die öffentliche Europawahrnehmung

Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen

Moderation: Rita Süßmuth und Martin Koopmann, Vorstand der Stiftung Genshagen



Bundesminister Wolfgang Schäuble betonte, dass sich in der Finanzkrise erneut die grundsätzliche Skepsis der Öffentlichkeit gegenüber starken Vergemeinschaftungstendenzen zeige. Gleichwohl sei die Einführung einer gemeinsamen Währung zum Vorteil vieler gewesen, Europa sei kein Nullsummenspiel. Aufgabe der Politik sei es, das europäische Institutionengefüge – nicht nur in der Währungspolitik – klarer und strukturierter zu gestalten. Das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit sollte künftig genutzt werden, auch innerhalb der Eurozone. Ein funktionierender Binnenmarkt und ein starker Euro könnten die Entwicklung eines europäischen Sozialmodells fördern und zu mehr Wohlstand in Europa

führen. Zugleich müsse jedoch darauf geachtet werden, dass das Gleichgewicht zwischen sinnvollen Regeln und eigenverantwortlichem Handeln gewahrt bleibe. Um die öffentliche Wahrnehmung europäischer Politik zu verbessern, seien verschiedene Ansätze erforderlich. So müsse etwa die Stärkung der EU-Institutionen mit einer klaren Kompetenzregelung einhergehen. Zugleich dürfe die Erklärung europäischer Entscheidungen nicht nur den Mitgliedstaaten überlassen bleiben, die EU-Institutionen müssten hier mehr Verantwortung übernehmen. Schließlich könne durch die Direktwahl eines EU-Präsidenten eine große und positive Wirkung in der Öffentlichkeit erzielt werden.



VII. Podiumsdiskussion: Die Krise und die internationale Handlungsfähigkeit der EU

Impulsvortrag: Parag Khanna, The New America Foundation

Debatte: Christian Lequesne, Centre d'études et de recherches internationales

Ditmar Staffelt, Leiter Politik- und Regierungsangelegenheiten, EADS

Moderation: Christian Makarian, Stellvertretender Chefredakteur, L'Express

Für Parag Khanna ist die Krise eine Chance für ein Europa, dem weiterhin eine positive Zukunft bevorsteht. Ungeachtet der in der schwierigen wirtschaftlichen Situation erneut deutlich gewordenen fortbestehenden Ineffizienz europäischen Handelns auf der Weltbühne sei doch der Prozesscharakter der europäischen Integration das zentrale Merkmal des Zusammenschlusses der europäischen Staaten. Europa sei ein Prozess ohne Endstation,

Krisen hätten in der Vergangenheit stets zu einer Stärkung des integrierten Europa geführt. Insofern gebe es kein Europa, sondern nur einen Prozess der Europäisierung. Gleichwohl, so Christian Lequesne, werde das Ziel der Europäer, auf der internationalen Bühne mit einer Stimme zu sprechen, bis auf Weiteres ein Traum bleiben. Das postwestfälische Modell der



europäischen Integration habe große Schwierigkeiten, als Akteur in Krisen und Regionen aufzutreten, die nach wie vor nationalstaatlich geprägt seien. Europas eigentliche Stärke liege vielmehr im Export der Normen von Demokratie und Menschenrechten. Hierbei müsse Europa auf die Anziehungskraft dieser Normen für Dritte setzen und sie stärken, Zwang als Mittel zum Normentransfer scheidet aus. Unabhängig davon, so Ditmar Staffelt, seien die europäischen Staaten jedoch

zur Zusammenarbeit bei Einzelprojekten – wie dem „Eurofighter“ – gezwungen. Die Krise habe erneut gezeigt, dass die einzelnen EU-Staaten nicht mehr in der Lage seien, solche Projekte alleine zu finanzieren. Die Europäer seien gezwungen, die Vorteile ihrer Zusammenarbeit in Zukunft stärker zu nutzen.

